

Eigner- und Beteiligungsstrategien

Vorgehen der Regierung vom Landtag bestätigt

VADUZ Nun steht es fest: Die AHV, die LKW, die LGV und die Post dürfen nicht aus der staatlichen Pensionskasse austreten. Dies bestätigte der Landtag gestern mehrheitlich. Die VU-Fraktion ist mit ihrer beabsichtigten Auftragserteilung zur erneuten Abänderung der Eignerstrategien der AHV/IV/FAK-Anstalten, der Liechtensteinischen Gasversorgung und der Liechtensteinischen Kraftwerke sowie der Beteiligungsstrategie der Liechtensteinischen Post AG gescheitert.

«Eingriff in die operative Ebene»

Nach anfänglicher Verwirrung über das parlamentarische Vorgehen bei der Behandlung dieses Antrags, die letztlich in einen Rückkommensantrag mündete, machte Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller das Ansinnen der unterzeichnenden Abgeordneten deutlich. Demnach sollten öffentlich-rechtliche Unternehmen, die sich freiwillig der staatlichen Pensionsversicherung angeschlossen haben, sich nicht über Staatsbeiträge finanzieren, die selbst für die Ausfinanzierung der Deckungslücke aufkommen und deren Personal in einem privatrechtlichen Verhältnis steht, nicht über die Eigner- oder Beteiligungsstrategie zum Verbleib in der staatlichen Pensionskasse gezwungen werden können. «Die gesetzlich vorgesehene Freiwilligkeit eines Anschlusses kann nicht durch die Eigner- oder Beteiligungsstrategie in eine Pflichtmitgliedschaft abgeändert werden», argumentierte Lanter-Koller. Dies hatte die Regierung jedoch nach dem ursprünglich angekündigten PVS-Austritt der AHV am 24.

September nach Ansicht der Antragsteller getan, in dem sie die Eigner- und Beteiligungsstrategie in dem Sinne abgeändert hatte, dass die betriebliche Vorsorge durch den Anschluss bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal respektive deren Nachfolgeorganisation zu erfolgen habe. Die Leistungen der betrieblichen Vorsorge dürfen diejenigen für das Staatspersonal nicht übertreffen, argumentierte die Regierung seinerzeit. Eine Haltung, die schon damals Unverständnis auslöste. Dies machte gestern auch der FL-Abgeordnete Wolfgang Marxer noch einmal deutlich: «Ich teile die Auffassung der Regierung ebenfalls nicht. Es ist ein Eingriff in die operative Ebene. Das zeigt sich auch daran, wie die Regierung selbst schreibt, dass sich die Situation anders darstellen würde, wenn die PVS nicht unter der bekannten Problematik leiden würde.»

Regierungschef Adrian Hasler verdeutlichte noch einmal die Beweggründe für das Vorgehen der Regierung und verwies dabei unter anderem auf Parallelen im Hinblick auf soziale und personalpolitische Ziele in den Eignerstrategien des Schweizer Bundes. «Diese Ausführungen machen deutlich, dass die Regierung mit der vorgenommenen Ergänzung der Eignerstrategien nicht nur einen legitimen, sondern auch den richtigen Weg beschritten hat», so Hasler. Diese Ansicht teilte offenbar die Mehrheit des Landtags: Der Antrag der VU-Fraktion fand mit nur zehn Stimmen keine Mehrheit. (hf)

www.volksblatt.li